Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Nr. 96 — Donnerstag, den 24. April 1924 — 19. Jahrgang

Noch keine Antwort aus London und Rom.

„Matin" meldet, Barthou wisse nun aus dem Munde Poincares offiziell, daß Frankreich auf seine „Sanktionen" ohne Gegenwert nicht verzichte und unter die Mindestsumme nicht herabgehen werde, die es für seine Wiederherstellung brauche. Das Blatt fügt hinzu, es liege also den Deutschen die Aufgabe ob, den Text für das dem Reichstag vorzulegende Gesetz im Wortlaut genau festzustellen, und es liege der Reparationskommission ob, diesen Gesetzentwurf zu kritisieren. Wenn die Reparationskommission die deutschen Gesetzentwürfe und die Entscheidungen der Regierungen erhalten haben werde, werde sie den endgültigen Reparationsplan feststellen in der Gewißheit, Einstimmigkeit zu erzielen.

Endlich glaubt das Blatt, Poincare werde die nächste Gelegenheit ergreifen, um festzustellen, daß zwischen der Reparationskommission und Frankreich völlige Uebereinstimmung bestehe und daß Frankreich der Entwicklung keine Hindernisse bereite. Frankreich sei am meisten daran interessiert, daß keine Zeit verloren gehe, weil die erste Rate an dem Tage fällig sei, an dem das Programm in Kraft treten werde.

„Petit Parisien" stellt bezüglich der Aussprache zwischen Barthou und Poincare die persönliche Uebereinstimmung zwischen den beiden Präsidenten fest. Die Antworten der Regierungen waren der Reparationskommission noch nicht zugegangen, auch die französische nicht, darum wird die nächste Sitzung der Reparationskommission vielleicht erst in den ersten Tagen der nächsten Woche stattfinden. Man sieht, daß der Widerspruch zwischen den beiden großen französischen Blättern weiterbesteht. Die nächste große Rede Poincares wird auf dem Kongreß der Handelskammern am 6. Mai gehalten.

Der einzige Mißklang: die Stimme Poincares.

England und Frankreich vollkommen verschiedener Ansicht.

„Daily News" mißt der Erklärung Coolidges über seine Bereitwilligkeit, eine neue Weltabrüstungskonferenz einzuberufen, größte Bedeutung bei. Das Blatt betont, daß in der Zustimmung zu dem Dawes-Bericht nur ein Mißklang vorhanden sei: die Stimme Poincares. Aber allzu große Bedeutung dürfe den Aeußerungen eines Staatsmannes, der versuche, seine Politik am Vorabend von Neuwahlen zu rechtfertigen, nicht beigemessen werden. Wenn jedoch ein ernstlicher Versuch von der französischen Regierung unternommen werden sollte, diese neue Friedensanstrengung zu torpedieren, so werde die Isolierung Frankreichs endgültig und vollständig sein.

Das Blatt Macdonalds, „Daily Herald", schreibt: es müsse offen festgestellt werden, daß Poincare Schwierigkeiten versuche. Er stehe auf dem Standpunkt, den er immer vertreten habe. Er glaube weiterhin an die Politik, Deutschland die Pistole vor den Kopf zu halten, und er ersuche England, sich ihm bei dieser Politik anzuschließen. Es erscheine aber allzudeutlich, daß die beiden Regierungen vollkommen verschiedener Ansicht seien. Eine solche Verschiedenheit könne schließlich zu einem Punkte führen, wo sich ein Zusammenwirken als unmöglich erweist. Aber im gegenwärtigen Augenblick sei dies noch nicht Gewißheit geworden. Die französischen Wahlen könnten eine Geistesänderung in Paris hervorbringen.

Ein englisches Urteil über die Auspressung Deutschlands.

Dem Berliner Lokalanzeiger wird aus London die Uebersetzung eines Artikels von C. E. Wright, eines englischen Journalisten vom „Evening Standard" Londons größtem Abendblatt, übersandt, in dem über den Dawes-Bericht folgendermaßen geurteilt wird: Die erfinderischen Dispositionen des Dawes-Berichts geben den Alliierten einen viel festeren Griff an Deutschlands Gurgel, als irgendeine allgemeine Kontrolle seiner Finanzen es getan hätte. Deutschlands finanzielle Kraft wird auf die Weise verdrückelt, aber auch seine politische und militärische Macht. Der Dawessche Vorschlag entwaffnet Deutschland gründlicher, als irgendein bestehendes System militärischer Kontrolle es tun könnte. Bisher haben die Alliierten versucht, Deutschland an der Ausgabe von Geld für Soldaten zu verhindern. Dawes erreicht dieses Ziel gründlicher dadurch, daß Deutschland künftig weder für seine Soldaten noch für sonst etwas Geld übrig hat. Die Dawes-Bankiers haben nicht die geringste Möglichkeit übersehen, dem deutschen Kuheuter den letzten Tropfen zu entziehen. Genau haben sie ausgerechnet, wieviel Eimer voll Milch man jährlich erhalten kann, ohne das Tier zum Krepieren zu bringen oder gar zum gefährlichen Gebrauch seiner Hörner. Man hat vor der „Kükifizierung Deutschlands" fünf Jahre hindurch gewarnt, als die Fesseln, die der Rü-

Unerhörte Verleumdungen des „Vorwärts".

Der „Vorwärts" unternimmt es in einem Leitartikel, eine Parallele zu ziehen zwischen einem der Führer des Weltkrieges, nämlich Ludendorff, und dem kommunistischen Räuberhauptmann Max Hölz, eine Parallele, die von Verleumdungen des deutschen Feldherrn strotzt und zugunsten des irregeleiteten Fanatikers Hölz ausschlägt. Dabei wagt es das sozialistische Blatt zu schreiben:

„Max Hölz, der Meldereiter aus dem Weltkrieg, der Schlachtenlenker des mitteldeutschen Aufstandes hat im Vogtlande ungefähr so gehaust, wie Ludendorff, der Feldherr des Weltkrieges, es im Feindesland anordnete. Beide machen Kriegsnotwendigkeiten für ihre Verwüstungen als mildernden Umstand geltend. Beide sahen die Welt nur durch die Brille des Siegerwillens, beide glaubten, auch im Kampf um die innerpolitische Macht die Mittel des Weltkrieges zur Anwendung bringen zu dürfen. Nur ihre eigene Auffassung von der Bedeutung ihrer Ideale oder was sie dafür hielten, sei maßgebend für ihre Entschlüsse und Handlungen."

Man braucht sich nicht bei dem vollendeten Wahnsinn aufzuhalten, der aus diesen Worten spricht, wohl aber muß man immer wieder auf die sozialistische Methode hinweisen, nicht nur mit allen Mitteln das Volk aufzuhetzen, sondern das eigene Volk bei seinen Feinden zu denunzieren und ihnen die Waffen in die Hand zu liefern, deren sie sich in ihrer Politik der Unterdrückung und Aussaugung Deutschlands bedienen. Das ganze deutsche Volk steht im Kampfe gegen die Lüge von der deutschen Schuld und den deutschen Grausamkeiten, die den erheuchelten Grund für die Erpressungs- und Knebelungspolitik liefert, und niemals werden wir uns dieser Versklavung erwehren können, wenn in Deutschland eine Partei ein lebensfähiges Gebilde bleibt, die fortgesetzt den Feinden neue Glieder für die Sklavenkette liefert.

---

sei auferlegt worden sind, sind mit dem Gewicht und der Quantität der Fesseln, die das Dawes-Komitee nun schließlich Deutschland auferlegt, in keiner Weise zu vergleichen.

Noch nie hat die Weltgeschichte die Errichtung einer Maschine von solch furchtbarer Kraft miterlebt, so fein ausgearbeitet um die letzten Tropfen Kraft aus einem ganzen Volke herauszupressen, ohne dieses Volk dabei zu zerstören, und noch nie in der Weltgeschichte sind solche Fesseln jemals einer Nation von einer fremden Macht auferlegt worden.

Bescheiden, wie der Dawes-Bericht in seinem Ton ist, übertrumpft er dennoch einige der hauptsächlichsten Teile des Versailler Friedensvertrages, und vergißt völlig den eigentlichen Zweck des ganzen Unternehmens: die Aussöhnung des Deutschen mit seinen westlichen Feinden. In seiner farblosen Geschäftsart bringt der Bericht etwa das zustande, was der Versailler Vertrag ostentativ vermied: die Eroberung Deutschlands. Anstatt beruhigende Worte zu sprechen, stehen die Alliierten im Begriff, das Land bei der Gurgel zu packen.

Der Londoner Korrespondent einer Kopenhagener Zeitung berichtet über das Gutachten wie folgt: Nur die sanguinischsten Optimisten erwarten, daß Deutschland jährlich 125 Millionen Pfund bezahlen könne, während England mit den südafrikanischen Goldgruben, den großen ausländischen Unternehmungen, seiner gewaltigen Handelsflotte und seiner, die ganze Welt umspannenden Bankorganisation nur mit größter Mühe den Vereinigten Staaten jährlich 30 Millionen Pfund leisten kann.

800 Millionen Goldanleihe von Morgan übernommen?

Wie aus London gemeldet wird, soll sich das Mitglied des Bankhauses Morgan, Morrow, auf der Fahrt nach Deutschland befinden, um die Unterbringung der 800-Millionen-Goldanleihe für Deutschland, die das Bankhaus Morgan übernommen hat, in die Wege zu leiten.

Mussolini für Räumung der Ruhr.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" erfährt über die Haltung Italiens gegenüber dem Sachverständigenplan, Mussolini sei sehr dafür, daß sowohl die Besatzungskosten als auch die Verwaltungsausgaben im Rheinland in den verschiedensten interalliierten Kommissionen auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden sollten. Aus diesem Grunde sei er geneigt, mit noch größerem Nachdruck als bisher auf die militärische ebenso wie die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes zu bringen.

Neuorganisation der Reichsbahn.

Generaldirektor Oeser.

Durch eine Verordnung des Reichskanzlers vom 2. d. M. ist der Reichsverkehrsminister Oeser zum Generaldirektor der deutschen Reichsbahnen bestellt und ihm zur Unterstützung und Leitung des Unternehmens ein vorläufiges Direktorium zur Seite gestellt worden, das aber lediglich begutachtende Tätigkeit ausüben soll. Das Direktorium ist unter Uebernahme der vorhandenen Gliederung des Reichsverkehrsministeriums aus den Staatssekretären als geschäftsführenden Mitgliedern gebildet, wobei eine stärkere Selbständigkeit der Abteilungsleiter vorgesehen ist. Das Direktorium hat im übrigen nur eine vorübergehende Bedeutung und wird endgültig nach der Umstellung des Unternehmens unter Berücksichtigung der neuen Erfordernisse gebildet werden.

Bayerns Stellung zur Reichsbahn.

Die Verwaltung des Reichseisenbahnnetzes in Bayern liegt der Verwaltungsstelle München ob, die ihren Geschäftsbereich im Rahmen der einheitlichen Verkehrsanstalt selbständig verwaltet, soweit nicht bestimmte Geschäfte der Hauptverwaltung vorbehalten sind. In finanzieller Hinsicht ist der Verwaltungsstelle München weitestgehende Selbständigkeit zugebilligt. Auf Grund der Preisvereinbarungen zwischen dem Eisenbahnzentralamt mit den Kohlensyndikaten der Ruhr und Schlesien beschafft die Verwaltungsstelle Bayern für ihren Bereich die Lokomotivkohlen selbständig über die in Bayern ansässigen Zweigstellen der Syndikate.

Die Reichsbahn lehnt ab!

Die in Berlin stattgefundene Konferenz der deutschen Eisenbahndirektionspräsidenten hat den auf die Neuregelung der Eisenbahnen bezugnehmenden Teilen des Expertengutachtens die Zustimmung versagt. Allgemein wurde in dem Expertenplan, soweit er die finanzielle Leistungsfähigkeit der Reichsbahnen für die Reparationsregelung betrifft, eine viel zu weit gehende Ueberspannung der Wirtschaftlichkeit der Reichsbahnen erblickt.

Das Unglück der Gotthardbahn.

Der unglückselige Zusammenstoß der beiden Gotthardzüge geschah nördlich der Station Bellinzona. Beide Züge waren mit elektrischen Maschinen bespannt die in voller Fahrt aufeinander stießen. Das Unglück entstand dadurch, daß der Führer des Zuges Basel—Mailand das gezogene Einfahrtssignal des Bahnhofes Bellinzona nicht beachtete und überfuhr und so direkt in den Mailänder Nachtschnellzug hineinraste. Mit einem fürchterlichen Knall krachten die schweren elektrischen Lokomotiven aufeinander.

Der Mailänder Zug hatte etwa eine Stunde Verspätung. Von dem Zugpersonal sind zwei Lokomotivführer tot, ebenfalls drei Heizer. Schwer verletzt sind zwei Lokomotivführer und vier Heizer. Von dem Zug Mailand—Basel geriet der erste nach dem Heizwagen folgende badische vierachsige Wagen erster und zweiter Klasse Mailand—Basel der Gasbeleuchtung hatte, in Brand. Der Heizwagen wurde nämlich durch den Zusammenprall auf diesen badischen Wagen hinaufgeschoben, wodurch die Beleuchtungsanlage explodierte und mit den brennenden Kohlen des Heizwagens in Berührung kam. Dadurch stand der deutsche Wagen im Nu in Flammen, und die Reisenden konnten, mit Ausnahme eines einzigen, dem furchtbaren Feuertod nicht mehr entrinnen. Bis um ½10 Uhr waren bereits 17 Tote aus den Trümmern gezogen. Mehrere Leichen sind ganz verkohlt. Vier Wagen sind vollständig zertrümmert.

Der Nachtschnellzug aus Italien, der in letzter Zeit immer gut besetzt war, führte auch diesmal viele internationale Reisende mit sich. Nach der italienischen Paßkontrolle waren es 45 Deutsche, 15 Schweizer, 52 Italiener, einige Amerikaner, Franzosen und Engländer, Norweger und Tschechen. Unter den Italienern befindet sich auch der italienische Gesandte in Kopenhagen, Graf della Torre mit seinem Sekretär. Unter den italienischen Reisenden waren einige Studenten, die an deutschen Universitäten studieren wollten. Im Schlafwagen von Mailand waren acht Deutsche und vier Amerikaner. Die Tessiner Rote Kreuz-Organisation hat sich sofort nach der Unglücksstelle begeben, auch die Vertreter der schweizerischen Bundesbahnen.

Das Niederländische Rote Kreuz hat für die Notleidenden in Deutschland weitere 10 000 Goldmark aufgebracht.

SLUB Wir führen Wissen.